

Berufliche Bildung ist Daseinsvorsorge im ländlichen Raum

Die Mitgliederversammlung des Landkreistages fordert vom Land, bei der Umsetzung des sog. Masterplans Berufliche Bildung stärker als bisher auch die Interessen des ländlichen Raums und der Berufsschulstandorte in der Fläche in den Blick zu nehmen.

Am 26. April 2024 tagte die Mitgliederversammlung des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages im Kreishaus in Plön. Die Mitgliederversammlung ist das höchste Organ des Landkreistages; ihr gehören die Landrätin und Landräte, die Kreispräsidentinnen und Kreispräsidenten sowie weitere Kreistagsmitglieder als Delegierte an. Schwerpunkt der Beratungen war der Masterplan Berufliche Bildung. Er ist das Ergebnis der landesweiten Schulentwicklungsplanung für die berufsbildenden Schulen, für die nach Maßgabe des Schulgesetzes das Schleswig-Holsteinische Institut für Berufliche Bildung verantwortlich zeichnet. Die Inhalte und die Folgen der Umsetzung des Masterplans, der nunmehr in der zweiten Entwurfsfassung vorliegt, wurden in Plön von den Delegierten u. a. mit Bildungsministerin Prien diskutiert.

Der Vorsitzende des Landkreistages, **Dr. Henning Görtz**, Landrat des Kreises Stormarn, versichert, dass die Kreise den bisherigen Prozess konstruktiv unterstützt haben und auch weiter unterstützen werden: *„Eine landesweite Schulentwicklungsplanung ist zielführend und kann ein Baustein sein, die berufliche Bildung zukunftssicher aufzustellen. Sie muss aber regionale Besonderheiten und gewachsene Strukturen hinreichend berücksichtigen.“*

Ute Borwieck-Dethlefs, Kreispräsidentin des Kreises Dithmarschen und stellvertretende Vorsitzende, ergänzt: *„Angesichts des drohenden Fachkräftemangels in vielen Ausbildungsberufen sind die Berufsschulen nicht nur ein wichtiger Faktor in der Bildungslandschaft und für die wirtschaftliche Entwicklung im Land, sondern auch ein wesentliches Element kommunaler Daseinsvorsorge, auch und gerade im ländlichen Raum.“* Es sei feststellbar, dass Schülerinnen und Schüler, die weit entfernte berufliche Schulen besuchen (müssen), nicht zurückkommen und so dem Arbeitsmarkt insbesondere im ländlichen Raum dauerhaft fehlen.

Die mit großer Mehrheit von den Vertreterinnen und Vertretern der Kreise in Plön gefassten Beschlüsse spiegeln diesen Befund wieder. Die Mitgliederversammlung fordert bei der Umsetzung des Masterplans

- eine Fokussierung der beruflichen Bildung auf die kreisfreien Städte zu vermeiden,
- regionale Besonderheiten sowie Aspekte der Wirtschafts- und Regionalplanung zu betrachten,
- bereits getätigte Investitionen der Schulträger zu berücksichtigen und
- die zu erwartende Entwicklung der Bevölkerungszahl sowohl auf Grundlage des Zensus 2022 als auch mit Blick auf die Fluchtbewegung und unternehmerische Neuansiedlungen im ländlichen Raum einzukalkulieren.

Abschließend zeigte sich **Görtz** zuversichtlich: *„Der nun vorliegende zweite Entwurf des Masterplans enthält Schritte in die richtige Richtung. Die zeitliche Verschiebung einiger Maßnahmen ist sachgerecht und gibt Gelegenheit, noch nicht absehbare Entwicklungen – zum Beispiel die Folgen der Northvolt-Ansiedlung – zu berücksichtigen. Sie reichen aber bei weitem noch nicht aus.“* Die Auswirkungen der Verlagerung von einigen hundert Schülerinnen und Schülern in die kreisfreien Städte zu Lasten der kreislichen Berufsschulen und Bildungszentren müssten nun in den Gremien genau analysiert werden. *„In diesem Sinne werden sich die Kreise und der Landkreistag als starke Stimme für den ländlichen Raum in die weitere Diskussion einbringen.“*